

**Bildung ist  
MehrWert!**

Sie benötigt  
überprüfbare  
Fortschritte.



## **Bildungspolitik in NRW 2005 - 2010**

Daten und Fakten zur Halbzeit

## Impressum

Herausgeber: DGB, Bezirk Nordrhein-Westfalen,  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen

Studie zur Nordrhein-Westfälischen Bildungspolitik 2005 - 2010,  
Zwischenbilanz zum Bochumer Memorandum von Prof. Dr. Klaus Klemm und Dr. Rainer Block

Redaktion: Dr. Ilse Führer-Lehner

Oktober 2007

© Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH, Nünningstr. 11, 45141 Essen  
Verlag der GEW-NRW

Wir danken der Max-Träger-Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Studie.

# Inhalt

Einleitung	4
Die Parteien im Landtag NRW zum Bochumer Memorandum 2005	6
Anspruch und Wirklichkeit der NRW-Bildungspolitik – Zwischenbilanz zum Bochumer Memorandum	8
1. Bildungschancen verbessern	10
2. Bildung von Anfang an	12
3. Fördern statt sitzen bleiben	14
4. Mehr Schulabschlüsse - bessere Ausbildungsfähigkeit	16
5. Mehr Jugendliche mit Hochschul- und Fachhochschulreife	18
6. Mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen	20
7. Studienabschlussquote steigern	22
8. Lebenslanges Lernen gibt es nicht umsonst	24
9. Unterstützungssysteme entscheiden die Zukunft	29
Fazit	31
Bochumer Memorandum	34

## Einleitung

*„Die hier vorgeschlagenen Ziele sind bewusst bescheiden formuliert und allein der Machbarkeit geschuldet. Sie sind realistisch auf das Ziel gerichtet, Nordrhein-Westfalen bis 2010 an den OECD-Durchschnitt von 2003 heranzuführen.“*  
*(Bochumer Memorandum, Februar 2005)*

Prof. Klaus Klemm und Dr. Rainer Block haben die vorliegende Zwischenbilanz zum Bochumer Memorandum erarbeitet. Sie zeigen auf empirischer Grundlage, dass Nordrhein-Westfalen als Industrieland den Weg zur „modernsten Wissensregion Europas“ noch nicht beschreitet. Bei wichtigen Bildungsindikatoren ist absehbar, dass bis 2010 nicht einmal der OECD-Durchschnitt von 2003 erreicht werden kann. Zu viele Kinder und Jugendliche bleiben beim Lernen für die Zukunft noch zurück, allein die wachsende Zahl der Studienberechtigten kann als Hoffnungsschimmer gewertet werden.

NRW braucht ein deutlich höheres Tempo, um den wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich zu bewältigen, den Wohlstand seiner Einwohner und den Zusammenhalt in einer demokratischen Gesellschaft zu sichern. Mit einer auf Aussonderung statt auf individueller Förderung beruhenden Bildungsphilosophie ist dies jedoch nicht zu erreichen.

Inzwischen liegt auch der OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ für 2007 vor, und es wird deutlich, dass Deutschland insgesamt im Wettlauf um die beste Bildung keinesfalls vorangekommen ist. Platz 22 von 30 bei den Hochschulabschlüssen im Ländervergleich macht exemplarisch deutlich, dass die dynamische Entwicklung in anderen Staaten der OECD den Abstand zu Deutschland noch weiter vergrößert hat. Nordrhein-Westfalen trägt zu dieser Entwicklung Deutschlands erheblich bei, nach Angaben des Statistischen Bundesamts stagniert unser Bundesland seit Jahren bei den Hochschulabschlüssen. In allen Altersgruppen zwischen 25 und 54 Jahren haben konstant nur 14 Prozent der Bevölkerung einen Hochschulabschluss.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Bochumer Memorandums appellieren erneut an alle, die politisch und gesellschaftlich Verantwortung tragen, energische und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um das Bildungssystem des Landes nach vorn zu bringen. Der schnellere Ausbau der frühkindlichen Bildung, die qualitative Steigerung der Lernergebnisse in den Schulen, die Sicherung der beruflichen Ausbildung für alle jungen Erwachsenen, deutlich mehr erfolgreiche Studienabschlüsse von jungen Männern und Frauen sowie der Ausbau der Weiterbildung sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung Nordrhein-Westfalens.

Alle demokratischen Parteien haben 2005 erklärt, dass sie die Ziele des Bochumer Memorandums für richtig halten. Vereinbarungen zur Verwirklichung dieser Ziele sind jedoch seitens der Landesregierung bisher ausgeblieben. Erfolgreiches Handeln kann nur gelingen, wenn die demokratische Beteiligung von Gewerkschaften und Beschäftigten gewährleistet wird. Wir betonen deshalb noch einmal, dass es vertrauensbildender Maßnahmen bedarf. Wir wiederholen die Forderung, als ersten Schritt eine Vereinbarung zur Reduzierung des Sitzenbleibens in den Schulen abzuschließen. Deutliche weitere Verbesserungen des Bildungssystems müssen schon im Jahr 2008 wirksam werden, wenn die Lücke der Entwicklungsdynamik zu den Ländern der OECD nicht weiterhin wachsen soll.

Düsseldorf, im Oktober 2007

Andreas Meyer-Lauber  
Vorsitzender der GEW Nordrhein-Westfalen

## Die Parteien im Landtag NRW zum Bochumer Memorandum 2005

### **CDU**

„Die CDU teilt die Zielsetzungen vieler Forderungen des Memorandums inhaltlich. Angesichts leerer Haushaltskassen werden wir zusätzliche Investitionen nur über gleichzeitige Einsparungen in anderen Bereichen finanzieren können. Wir werden im Bildungsbereich Prioritäten setzen. Zudem ist uns an einem intensiven Dialog gelegen.“



„Die SPD sieht eine sehr hohe Übereinstimmung zwischen sozialdemokratischer Bildungspolitik und den im Bochumer Memorandum formulierten Positionen.“

**FDP**

Die Liberalen

„Wir würden gerne mit Ihnen über (folgende) Verbesserungen in der kommenden Legislaturperiode sprechen: Entkopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft, früherer Beginn der Bildungsprozesse, Steigerung der Bildungsqualität, Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten im Dualen System der Berufsausbildung sowie Verbesserung der Weiterbildungsbeteiligung für mehr Lebenslanges Lernen.“



*BÜNDNIS 90*  
**DIE GRÜNEN**

„Grundsätzlich begrüßen wir den mit dem Memorandum unternommenen Versuch, über die Festlegung von Bildungszielen die ideologische Debatte der Opposition und Teilen der Öffentlichkeit über die Schulstrukturen zu umgehen und auf mittelbare Veränderungen in dieser Frage zu setzen.“

## Anspruch und Wirklichkeit der NRW-Bildungspolitik – Zwischenbilanz zum Bochumer Memorandum

Nordrhein-Westfalen muss mit seinem Bildungssystem dafür sorgen, möglichst viele möglichst gut gebildete Menschen hervorzubringen, die selbständig und motiviert lebenslang lernen können und wollen. NRW kann sich – insbesondere auch vor dem Hintergrund der demografischen Verknappung – die Vergeudung von Talenten nicht länger leisten. Bildung für alle muss das Ziel lauten. Vor diesem Hintergrund wurden auf dem Bochumer Bildungskongress der GEW Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005 in Hinblick auf ausgesuchte, besonders relevante Bildungsindikatoren Zielgrößen für die Legislaturperiode 2005-2010 in Nordrhein-Westfalen benannt. Als Zielgrößen für das Jahr 2010 dienen im Wesentlichen die OECD-Durchschnittswerte des Jahres 2003. Mit dieser Zielbestimmung soll sichergestellt werden, dass das nordrhein-westfälische Bildungswesen mittelfristig den Anschluss an das internationale Entwicklungsniveau hält.

Mit der Zwischenbilanz zum Bochumer Memorandum, die hier vorgelegt wird, soll zur Hälfte der Legislaturperiode überprüft werden, ob Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg ist, ob das Reform- und Entwicklungstempo ausreicht oder aber ob die Schlagzahl in bestimmten Bereichen deutlich erhöht werden muss.

Die Darstellung der Zwischenbilanz folgt den im Bochumer Memorandum formulierten Zielbereichen. Berichtet werden Indikatoren für den Zeitraum seit dem Jahr 2003, welches seinerzeit die Datengrundlage des Memorandums bildete.

Noch ein kurzer methodischer Hinweis: Im Allgemeinen ist es üblich, von Trends erst bei der Berücksichtigung von mindestens drei Messzeit-



punkten zu sprechen. Seit der Verabschiedung des Bochumer Memorandums im Jahr 2005 sind aber nicht für alle relevanten Indikatorenbereiche entsprechende Daten in dieser Häufigkeit verfügbar. Wir berichten deshalb in der Regel über Entwicklungstendenzen, die auf zwei Messzeitpunkten beruhen: Dem Referenzdatum von 2003 und dem jeweils aktuellsten Datum. Wir halten dieses Vorgehen für adäquat, um das jüngste Entwicklungstempo angemessen abbilden zu können.

# 1. Bildungschancen verbessern

*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Vorrangig muss die erhebliche Ungleichheit der Bildungschancen schrittweise abgebaut werden. Die enge Kopplung von Lernerfolg und sozialer Herkunft sollte mindestens auf den OECD-Durchschnitt des Jahres 2003 vermindert werden.“*

Die hohe soziale Selektivität des bundesrepublikanischen Bildungswesens – und insbesondere des Schulwesens – ist mittlerweile vielfach dokumentiert. Die Abhängigkeit des Lernerfolgs von der sozialen Herkunft stellt gerade auch für Nordrhein-Westfalen eine besondere Herausforderung dar. Nach der PISA-Erhebung von 2003 besitzt die soziale Herkunft (gemessen anhand des Index für den ökonomischen, sozialen und kulturellen Kontext, kurz ESCS) in Nordrhein-Westfalen – neben Bremen und Baden-Württemberg – den höchsten Erklärungswert für die (Variation der) Mathematikleistung. Und nach der PISA-Untersuchung aus dem Jahre 2000 – aktuellere Daten sind in dieser Gliederungstiefe noch nicht verfügbar – ist auch das Risiko einer Schullaufbahnverzögerung in NRW sozial extrem ungleich verteilt. Das Risiko, bei der Einschulung zurück gestellt zu werden oder aber eine Klasse wiederholen zu müssen, ist für Kinder aus einer nordrhein-westfälischen Familie, in der die Eltern keine Lehre- oder keinen Hauptschulabschluss besitzen, 4 bis 5 mal größer als für ein Kind aus einer Familie mit Hochschulabschluss.

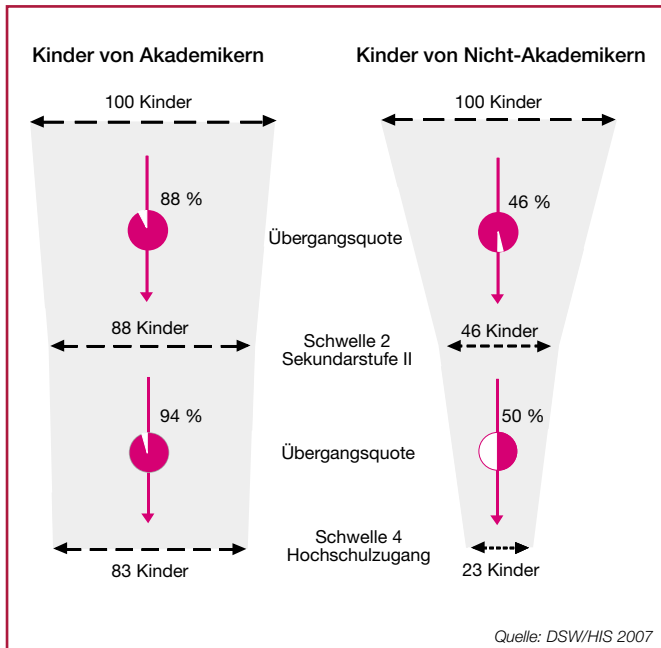
Diese Selektivität setzt sich beim Durchlaufen des deutschen Bildungswesens fort. Das Deutsche Studentenwerk hat im Rahmen der studentischen Sozialerhebung einen solchen Bildungstrichter für das Jahr 2005 errechnet (siehe Grafik 1). Danach erreichen von 100 Kindern, deren Vater einen Hochschulabschluss besitzen, 88 die Sekundarstufe II und 83 schließlich den Hochschulzugang. Von 100 Kindern von Nicht-Akademikervätern erreichen 46 Prozent (2003:39) die Sekundarstufe 2 und nur 23 (2003:26) den Hochschulzugang.

An dieser sozialen Schieflage der Verteilungsgerechtigkeit im Bildungswesen wird gerade auch das von der nordrhein-westfälischen Schulministerin

im Rahmen des neuen Schulgesetzes eingeführte verpflichtende Grundschulgutachten, das das Elternrecht auf freie Wahl der weiterführenden Schule aufhebt, wenig ändern, im Gegenteil. Alle relevanten Studien der letzten Jahre – zuletzt die internationale Grundschulstudie IGLU – belegen, dass sich die Grundschulgutachten von Lehrern und Lehrerinnen nicht allein an leistungsbezogenen, sondern gerade auch an sozialen Kriterien wie dem Bildungsniveau und dem Berufsprestige der Elternhäuser orientieren. Grundschulgutachten wirken letztlich sozial selektiv, da sie Schülern bei gleicher Leistungsfähigkeit – aber unterschiedlicher sozialer Herkunft – erwiesenermaßen unterschiedliche Übergangsempfehlungen ausstellen.

Da Daten zur sozialen Selektivität der Schulen Nordrhein-Westfalens nicht regelmäßig erhoben werden, lässt sich die Entwicklung erst im kommenden Jahr einschätzen: Dann bietet die innerdeutsche Auswertung der PISA 2006-Studie die Möglichkeit, Richtung und Ausmaß der Veränderungen in diesem Feld der Schulentwicklung zu beschreiben und zu bewerten.

Grafik 1



## 2. Bildung von Anfang an

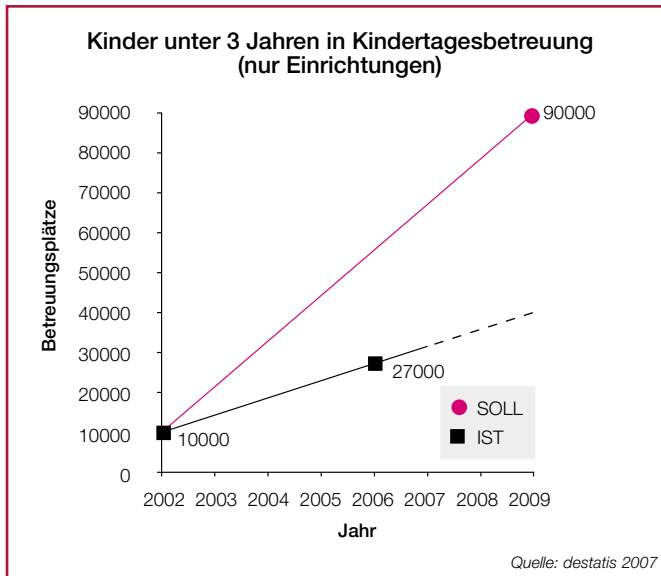
*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Für die unter Dreijährigen brauchen wir zu den vorhandenen 10.000 Plätzen zusätzlich 80.000 Betreuungsangebote, um eine Versorgung von mindestens 20 Prozent zu erreichen. Ab Vollendung des dritten Lebensjahres sollen alle Kinder eine Tageseinrichtung besuchen können. Dazu muss die tatsächliche Versorgungsquote ... auf mindestens 95 Prozent steigen.“*

Während im Bochumer Memorandum der Ausbau der Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen auf 20 Prozent bis zum Jahr 2010 avisiert war (was rund 90.000 Betreuungsangeboten entspricht), wollen die Familienministerin des Bundes und auch ihr in Nordrhein-Westfalen zuständiger Kollege diese Angebote bereits bis zum Jahr 2009 bereit stellen, um bis 2013 die Versorgungsquote auf 35 Prozent zu steigern. Sowohl das derzeitige Angebotsniveau als auch das derzeitige Entwicklungstempo des Ausbaus der Betreuungsplätze in NRW scheinen nicht auszureichen, die versprochenen Angebote rechtzeitig bereitstellen zu können. Siehe dazu die folgenden Grafiken 2 und 3.

Nordrhein-Westfalen bewegt sich im Jahr 2006 mit einer Betreuungs- bzw. Besuchsquote von 5.4 Prozent sogar deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 6.6 Prozent. Allerdings ist zu erwarten, dass der jüngst erzielte Finanzierungskompromiss der Großen Koalition, wonach sich der Bund zunächst bis 2013 sowohl an den Betriebs- als auch den Investitionskosten beim Krippenplatzausbau beteiligt, zu einer deutlichen Ausweitung der angebotenen Betreuungsplätze führen wird. Um die avisierte Zielgröße zu erreichen, bedarf es aber erheblicher Anstrengungen.

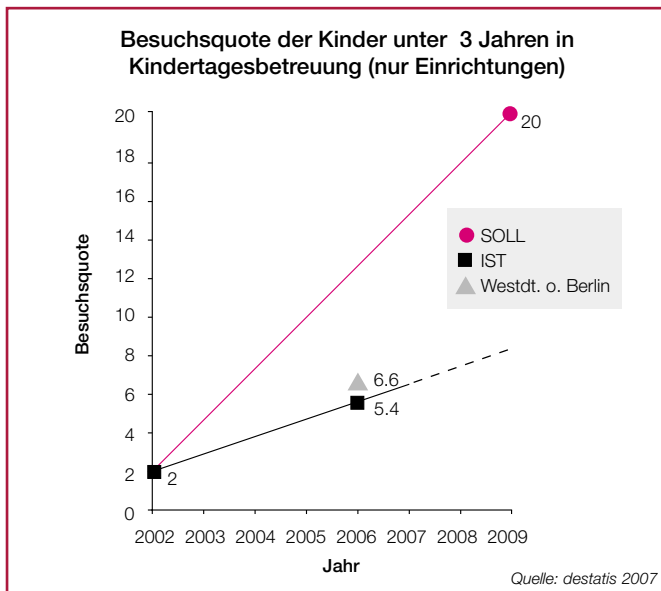
Auch für die Kinder zwischen 3 und 5 Jahren rückt die Zielgröße einer Versorgungs- bzw. Besuchsquote von 95 Prozent in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung noch in weite Ferne. Hier bewegt sich NRW im Jahre 2006 mit einer Quote von 83 Prozent deutlich unterhalb der des westdeutschen Durchschnittswertes von 88 Prozent.

Grafik 2



Anmerkungen: Für 2006 nur vorläufiges Ergebnis. Änderung des Erhebungskonzeptes zwischen 2002 (genehmigte Plätze) und 2006 (besuchte Tagesbetreuung).

Grafik 3



Anmerkungen: Für 2006 nur vorläufiges amtliches Ergebnis. Änderung des Erhebungskonzeptes zwischen 2002 (genehmigte Plätze) und 2006 (besuchte Tagesbetreuung).

### 3. Fördern statt sitzen bleiben

*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Ein Viertel (26,6 Prozent) aller 15-jährigen in NRW wiederholt im Verlauf ihrer Schulkarriere mindestens einmal eine Klasse. Dieser Anteil muss bis zum Jahr 2010 halbiert und danach kontinuierlich auf Null reduziert werden.“*

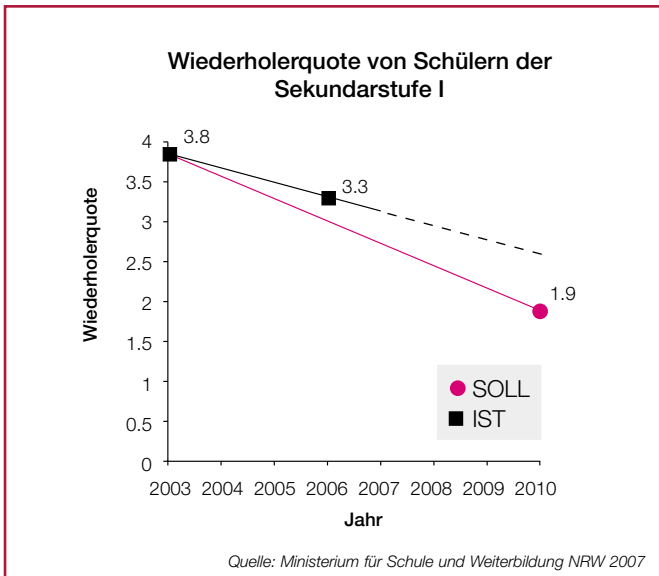
Zur Erinnerung: Nach der PISA-Erhebung aus dem Jahre 2003 weisen rund 35 Prozent aller 15-jährigen Schüler in NRW eine verzögerte Schullaufbahn auf. Zwölf Prozent aller 15-jährigen wurden bei der Einschulung zurückgestellt, rund 18 Prozent sind Klassenwiederholer allein in der Sekundarstufe I. Unter den Hauptschülern ist mit 25 Prozent fast jeder vierte Schüler in NRW innerhalb der Sekundarstufe I schon einmal sitzen geblieben.

Wie die PISA-Untersuchungen zudem deutlich gemacht haben, scheinen mit Klassenwiederholungen keine besonderen Leistungseffekte verbunden zu sein, im Gegenteil: Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen mussten, weisen signifikant schlechtere Leistungen auf als solche, die sich nach einem regulären Durchlauf in derselben Jahrgangsstufe befinden. Gleichzeitig ist mit Klassenwiederholungen aber ein erheblicher Personalbedarf verbunden.

Die jährlichen Wiederholerquoten in Nordrhein-Westfalen bewegen sich in der Größenordnung des Bundesdurchschnitts. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Bereiche mit den höchsten Klassenwiederholungen hingewiesen: Die Sekundarstufe I, und insbesondere die Hauptschulen. Die Wiederholerquoten in der Sekundarstufe I in NRW sinken zwischen 2003 und 2005 von 3,8 auf 3,3 moderat. Gleiches gilt für die auf höherem Niveau angesiedelten Wiederholerquoten der Hauptschüler in NRW. Siehe dazu die folgenden Grafiken 4 und 5.

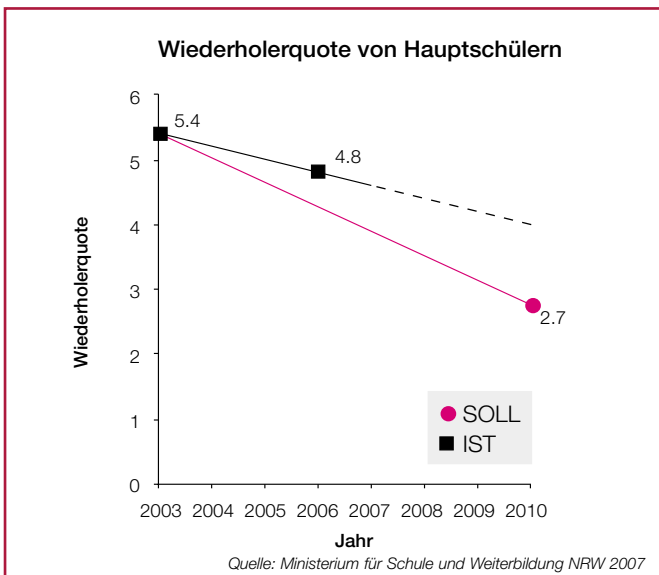
Bislang reicht die Entwicklungsdynamik nicht aus, um die Zielgröße der Halbierung der Sitzenbleiberquoten bis 2010 realisieren zu können. Es bleibt abzuwarten, ob die von der Schulministerin jüngst ausgerufene „Offensive gegen das Sitzenbleiben“ materiell und substantiell wirklich geeignet ist, die Wiederholerquote deutlich zu senken.

Grafik 4



Anmerkungen: Zählung nach dem Durchführungsprinzip: Wiederholer werden an der Schulform gezählt, an der sie das Schuljahr wiederholen. Ohne Förderschulen

Grafik 5



Anmerkungen: Zählung nach dem Durchführungsprinzip: Wiederholer werden an der Schulform gezählt, an der sie das Schuljahr wiederholen.

## 4. Mehr Schulabschlüsse – bessere Ausbildungsfähigkeit

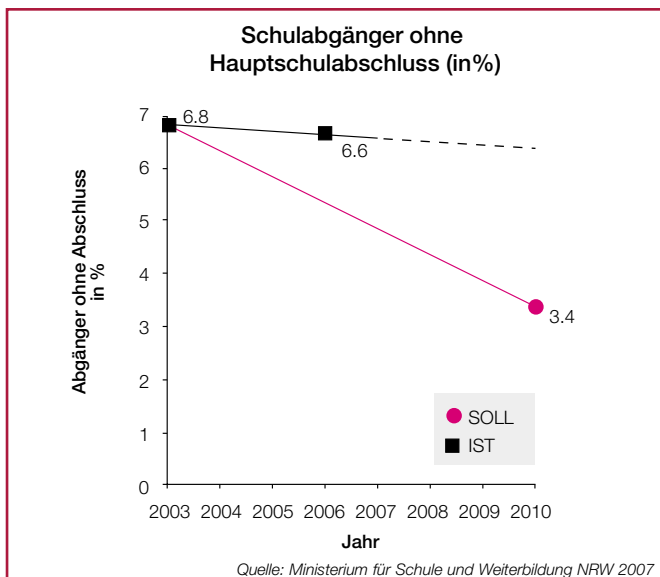
*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Niemand soll die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen müssen. Jede/r muss die Kompetenzen erwerben können, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung notwendig sind. Bis zum Jahr 2010 muss daher in einem ersten Schritt die Zahl derer, die keinen Hauptschulabschluss erwerben, halbiert werden ... Der Anteil der Jugendlichen mit mindestens einem mittleren Abschluss (FOR) soll jährlich um 2 Prozentpunkte erhöht werden.“*

Im Bundesvergleich weist NRW die niedrigste Drop-Out-Quote auf. Während im Bundesdurchschnitt im Jahr 2004 8,3 Prozent aller Schulabgänger der allgemein bildenden Schulen keinen Hauptschulabschluss besitzen, sind dies in NRW 6,9 Prozent. Insgesamt ist in den letzten Jahren allerdings keine besondere Dynamik in den Daten zu beobachten, die Werte stagnieren in NRW zwischen 6,5 und 7,0. Die sporadischen und zum Teil auf Bundesebene angesiedelten Programme zur Förderung von Schulverweigerern beispielsweise scheinen nicht ausreichend, um die Drop-Out-Quote substantiell zu minimieren. Bei Fortschreibung der derzeitigen Entwicklung wird die Zielgröße der Halbierung der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zum Jahr 2010 weit verfehlt werden (siehe Grafik 6).

Ähnlich sieht es bei den Schulabgängern mit mindestens einem mittleren Bildungsabschluss aus. Die avisierte Zielgröße für das Jahr 2010 mit einem Anteil von 84 Prozent (was einem jährlichen Anstieg von zwei Prozentpunkten seit 2003 entspricht) wird bei derzeitiger Entwicklungsdynamik weit verfehlt werden (siehe Grafik 7).

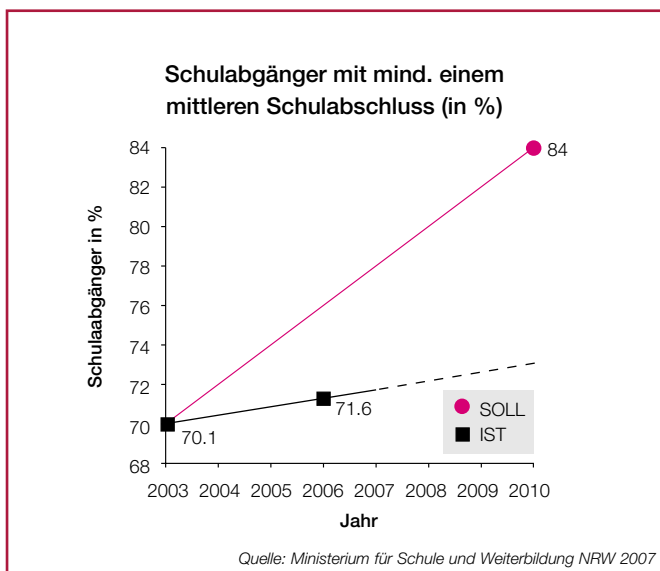


Grafik 6



Anmerkungen: Die Berechnungen berücksichtigen die allgemein bildenden Schulen und das Weiterbildungskolleg.

Grafik 7



Anmerkungen: Die Berechnungen berücksichtigen die allgemein bildenden Schulen und das Weiterbildungskolleg. Unter mindestens einem mittleren Schulabschluss sind die Fachoberschul- und die Hochschulreife zu verstehen.

## 5. Mehr Jugendliche mit Hochschul- und Fachhochschulreife

*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Der Anteil der Jugendlichen eines Jahrgangs mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife ... muss in NRW bis 2010 den OECD-Durchschnittswert des Jahres 2003 von 61 Prozent erreichen.“*

Nordrhein-Westfalen weist traditionell relativ hohe Studienberechtigtenquoten auf. Diese Quoten, die den Anteil junger Menschen mit Fachhochschulreife oder mit der Allgemeinen Hochschulreife am entsprechenden Altersjahrgang angeben, sind schon seit Jahren mit die höchsten im Bundesgebiet. Zwischen 2003 und 2005 lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg von 47,9 auf 52,4 Prozent des entsprechenden Altersjahrgangs beobachten. Damit liegt die Quote zwar immer noch deutlich unterhalb der des OECD-Durchschnitts. Sollte sich diese Dynamik aber ungebrochen fortsetzen, dann wäre zu erwarten, dass bis zum Jahre 2010 der OECD-Durchschnittswert des Jahres 2003 erreicht bzw. sogar übertroffen wird (siehe die folgende Grafik 8).

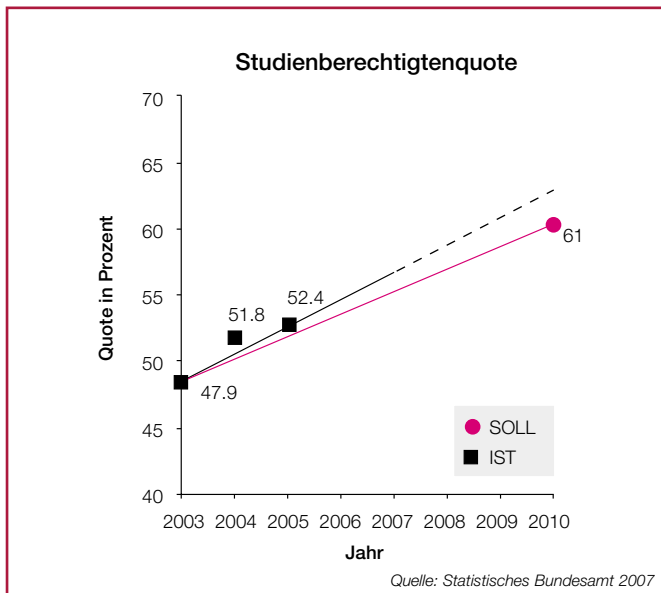
Maßnahmen, die diese Entwicklung grundlegend konterkarieren, sind nicht in Sicht. Auch das vom Schulministerium 2006 eingeführte verpflichtende Grundschulgutachten, mit dem ‚heimlichen‘ Ziel, eine gleichmäßigere Verteilung der Schülerströme auf die verschiedenen Schularten im gegliederten Schulsystem zu ermöglichen, kann die wachsende Attraktivität des Gymnasiums und die sinkende Akzeptanz der Hauptschule nicht aufhalten, da die Steuerungsleistung dieses Instrumentes zu gering ist: „Lediglich 0,9 Prozent aller Viertklässler werden nun nach dem Prognoseunterricht eine andere Schulform besuchen, als von Ihren Eltern ursprünglich vorgesehen“, heißt es in einer Pressemitteilung des Schulministeriums vom 04.05.2007. So schlecht kann es um die elterliche Einschätzung des Leistungsvermögens ihrer Kinder also gar nicht bestellt sein.

Die Bewertung der Schulministerin erstaunt, war sie es doch, die zur Legitimation des verpflichtenden Grundschulgutachtens seinerzeit die hohe Anzahl von Rückstufungen im Schulsystem angeführt hat, die sie – was erwiesenermaßen falsch ist – auf die zu hohe Bildungsaspiration der Eltern zurückführte.

Mit dem verpflichtenden Grundschulgutachten und dem Prognoseunterricht wurde nun ein unseliges bürokratisches und unter diagnostischen Kriterien nicht abgesichertes Verfahren installiert und zudem der Elternwille auf freie Schulwahl ausgehebelt, um lediglich 0,9 Prozent aller Viertklässler umzusteuern.

Auch die Einführung des Zentralabiturs in Nordrhein-Westfalen lässt keine Abschwächung der wachsenden Studienberechtigtenquote erwarten. Wie die Auswertungen des Notenspiegels des erstmals im Schuljahr 2007 durchgeführten Zentralabiturs zeigen, ergeben sich im Mittel nur minimale Notenunterschiede gegenüber dem dezentralen Abitur aus dem Vorjahr. Und dies trifft sowohl für die Gymnasien als auch die Gesamtschulen zu.

Grafik 8



Anmerkungen: Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Studienberechtigten (Personen mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife) an der altersspezifischen Bevölkerung (18- bis unter 21jährige) wieder.

## 6. Mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen

*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „13,2 Prozent der unter 25-jährigen bleiben heute bundesweit ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese Quote muss bis zum Jahr 2010 auf die Hälfte gesenkt werden.“*

Die im Memorandum benannte Zielgröße lässt sich derzeit für Nordrhein-Westfalen empirisch nicht überprüfen. Wir greifen deshalb ersatzweise auf den Kennwert der Angebots-Nachfrage-Relation bei den beruflichen Ausbildungsplätzen zurück, wie sie im seinerzeitigen Ausbildungsplatzförderungsgesetz definiert wurde. Danach wird als angemessene Größe zur Versorgung der Auszubildenden eine Relation zwischen Ausbildungsplätzen und den Nachfragern nach Ausbildungsplätzen von 112,5 definiert. Gemessen an diesem Wert, als Zielmarke für die Versorgung der Auszubildenden im Jahr 2010, stellt sich die Dynamik in NRW auf dem Lehrstellenmarkt als eher problematisch dar (siehe die folgende Grafik 9).

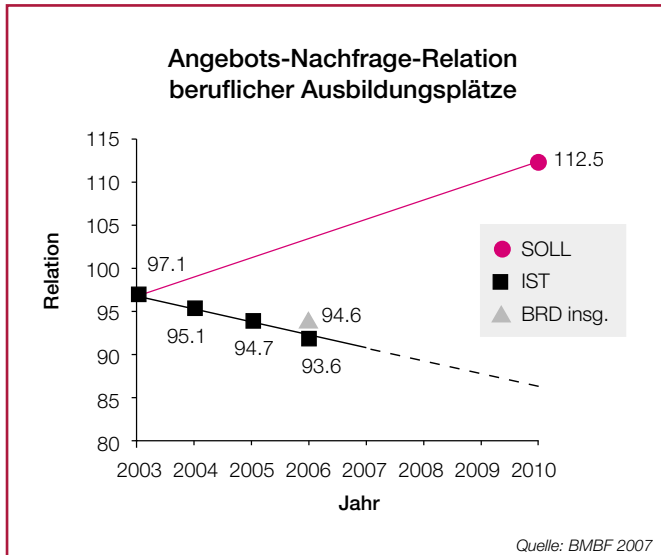
Einschränkend muss allerdings angemerkt werden, dass die Angebots-Nachfrage-Relation die tatsächliche quantitative Versorgung mit Ausbildungsplätzen nur unvollständig abbildet (siehe dazu auch die Anmerkungen zur Grafik). Nach Schätzungen werden bundesweit im Jahr 2005 rund 45.000 angebotene und ca. 110.000 nachgefragte Ausbildungsplätze in der offiziellen Statistik nicht erfasst. Dies ist auch der Grund, warum das Bundesinstitut für Berufsbildung seit 2006 in seinen zentralen Veröffentlichungen auf eine Darstellung und Interpretation der auf herkömmliche Weise ermittelten Angebots-Nachfrage-Relation verzichtet. Um über entsprechende Zeitreihendaten zu verfügen, haben wir behelfsweise dennoch diesen Indikator gewählt.

Unabhängig von der Indikatorwahl bleibt die Ausbildungsplatzsituation in Nordrhein-Westfalen weiterhin angespannt: Rein rechnerisch kommen

derzeit auf jede offene Ausbildungsstelle zwei Bewerber, wie die Bundesagentur für Arbeit in einer Pressemitteilung vom August 2007 bekannt gegeben hat.

Entlastungstendenzen für den Ausbildungsmarkt sind insofern abzusehen, als dass in Zukunft – aufgrund der demografischen Entwicklung – mit sinkenden Schulabgängerzahlen zu rechnen ist. Das ist angesichts der hohen Anzahl der derzeit unversorgten Bewerber gleichwohl kein Alibi dafür, die Hände in den Schoß zu legen – zumal Nordrhein-Westfalen ausweislich der jüngst von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vorgelegten Studie ‚Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich‘ in der Gruppe der 18- bis unter 24-jährigen, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt und sich auch nicht mehr in Bildung oder Ausbildung befindet, im Jahr 2005 mit 15,8% deutlich über dem Bundesdurchschnitt (13,8%) liegt.

Grafik 9



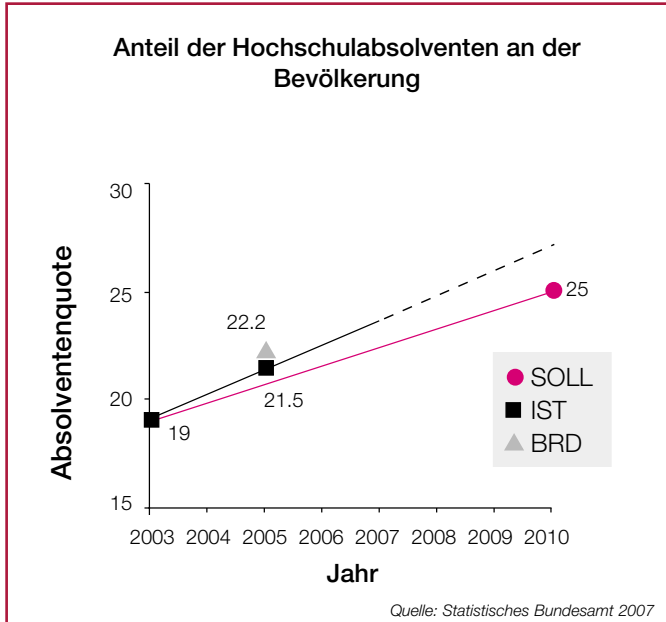
Anmerkungen: Nach Schätzungen werden bundesweit nur rund 60 % der zu besetzenden Ausbildungsplätze den Arbeitsagenturen gemeldet. Nachvermittlungen im Rahmen des Ausbildungspaktes werden nicht berücksichtigt, ebenso wie Ausbildungsuchende, die nicht auf die Arbeitsagenturen zurückgreifen.

## 7. Studienabschlussquote steigern

Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Die Studienabschlussquote muss sich schrittweise dem OECD-Mittelwert 2003 von 31,8 Prozent annähern ... Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger und die Effizienz der Hochschulausbildung müssen in den kommenden Jahren so gesteigert werden, dass zu Beginn des nächsten Jahrzehnts ein Viertel eines Altersjahrgangs ein Studium abschließen wird.“

Während Nordrhein-Westfalen bei der Studienberechtigtenquote die Spitze in der BRD bildet, fällt das Land bei der Studienabsolventenquote in das unterdurchschnittliche Mittelfeld zurück: Während im Jahr 2005 in der

Grafik 10



Anmerkungen: Beim internationalen Indikator der Absolventenquote ergeben sich leichte Abweichungen gegenüber den Werten des nationalen Indikators der Erstabsolventenquote.

BRD insgesamt 22,2 Prozent der altersspezifischen Bevölkerung einen Hochschulabschluss (Lang- und Kurzzeitstudiengänge ohne Verwaltungsfachschulen) absolviert haben, sind dies in NRW 21,5 Prozent. Siehe dazu die folgende Grafik 10.

Schreibt man die Entwicklungsdynamik zwischen den Jahren 2003 und 2005 linear bis zum Jahr 2010 fort, dann wäre zu erwarten, dass die im Memorandum avisierte Zielgröße von einem Viertel eines Altersjahrgangs deutlich erreicht würde. Gleichwohl würde sich NRW damit immer noch deutlich unter dem OECD-Durchschnitt des Jahres 2003 von rund 32 Prozent bewegen.

Allerdings ist eher unwahrscheinlich, dass sich diese Entwicklungsdynamik ungebrochen linear fortsetzen wird. So ist allein die Zahl der Erstimmatrikulierten im Studienjahr 2006 (SS 2006 und WS 2006/07) gegenüber 2005 bundesweit um 3,5 Prozent gesunken, in NRW sogar um rund 10 Prozent. Die Gründe dafür mögen u. a. in der Einführung der Studiengebühren und der rückläufigen Zahl der Bafög-Geförderten liegen. Es ist derzeit nicht abzuschätzen, ob sich diese stark rückläufige Entwicklung wieder stabilisiert.

## 8. Lebenslanges Lernen gibt es nicht umsonst

*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Die Bedeutung des lebenslangen Lernens für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft wächst ... . Von der Landesregierung fordern wir: Bis zum Jahre 2010 soll der finanzielle Umfang der gesetzlichen Weiterbildungsförderung in NRW auf ein Prozent des Bildungsetats im Landeshaushalt steigen.“*

Während statistisch exakt erfasst wird, wie viel Eier in Nordrhein-Westfalen denn von den hier ansässigen Hühnern gelegt werden, und während die Schulen in jüngster Zeit bis in den letzten Winkel hinein genauestens biometrisch vermessen werden, kann man für Nordrhein-Westfalen keinerlei Aussage darüber treffen, wie viel Bürger denn im Verlaufe eines Jahres an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Man kann nicht einmal quantitative Aussagen hinsichtlich der Weiterbildungsbeteiligung über die Bereiche treffen, die nach Landesgesetz geregelt und über Ansätze des Landeshaushaltes finanziert werden. Diesen Sachverhalt allein kann man schon als Ausdruck der vergleichsweise geringen Wertschätzung der Weiterbildung in NRW beurteilen. Wir sind bei unserer Darstellung der Entwicklung des Lebenslangen Lernens deshalb gezwungen, auf sporadisch verfügbares Datenmaterial unterschiedlicher Qualität zurückgreifen zu müssen.

Die Entwicklung des Weiterbildungsbereiches war in den letzten Jahren erheblichen Friktionen unterworfen, mit weit reichenden Konsequenzen für die Trägerstruktur und für die Beschäftigungssituation der im Weiterbildungsbereich Tätigen. Mangels aussagekräftiger und umfassender Statistiken müssen sich die Ausführungen im Folgenden allerdings auf ausgesuchte Bereiche der Weiterbildung beschränken.

Betrachten wir zunächst die internationale Perspektive. In Bezug auf die betriebliche Weiterbildung sind die Weiterbildungsaktivitäten in der BRD tendenziell eher durchschnittlich ausgeprägt. Nach der leider schon etwas



älteren zweiten europäischen CVTS-Erhebung (Continuing Vocational Training Survey) zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen aus dem Jahre 1999 – und nur hierfür liegen vergleichende Daten vor – rangiert die BRD unter 25 europäischen Staaten bei den Teilnahmequoten und beim Weiterbildungsvolumen im (unteren) Mittelfeld.

Nach der jüngsten CVTS 3-Erhebung aus dem Berichtsjahr 2005 ist in der BRD im Zeitverlauf ein leichter Anstieg der Teilnahmequote (an Kursen betrieblicher Weiterbildung) auf 38,8 Prozent zu beobachten. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Unternehmen, der entsprechende Weiterbildung anbietet, deutlich um 10 Prozentpunkte auf 78 Prozent. Ebenso deutlich reduzieren sich die Weiterbildungsaufwendungen je Beschäftigten zwischen 1999 und 2005.

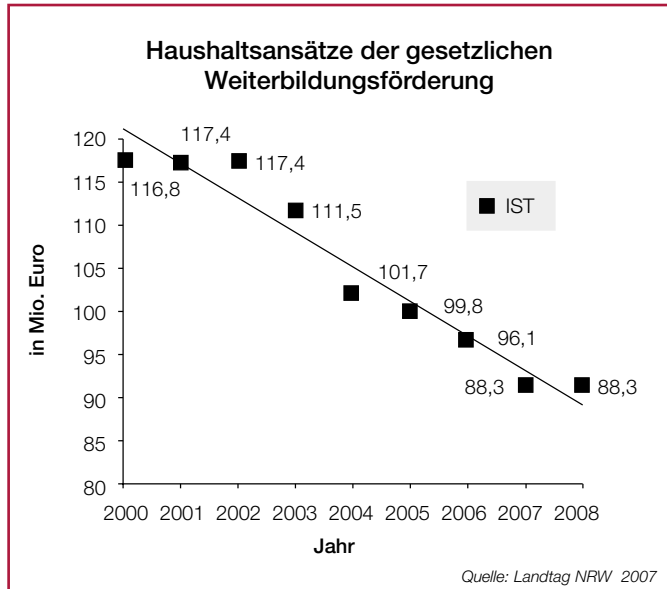
Die erheblichen Umbrüche in der Weiterbildungslandschaft lassen sich besonders prägnant an der neu ausgerichteten Förderungspraxis der Agentur für Arbeit veranschaulichen. So sinkt die Zahl der Neueintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB II und III zwischen den Jahren 2003 und 2005 von 254.718 auf 131.521. Dies entspricht einem Rückgang um 48 Prozent. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Zahl der Neueintritte schon allein zwischen den Jahren 2002 und 2003 um über 30 Prozent rückläufig war. Von dieser Entwicklung ist Nordrhein-Westfalen naturgemäß nicht abgekoppelt: Allein zwischen 2004 und 2005 schrumpft die Zahl der Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und III um rund 23 Prozent (von 34.738 auf 26.681).

Eine tendenziell rückläufige Tendenz in der Angebotsstruktur der berufsbezogenen Weiterbildung lässt sich anhand der Datenbank KURS der Bundesagentur für Arbeit dokumentieren. Bei diesem System handelt es sich um die größte – wenn auch nicht repräsentative – Weiterbildungsdatenbank in der BRD speziell für Anbieter der berufsbezogenen Weiterbildung. Danach sinkt in Nordrhein-Westfalen das Veranstaltungsangebot zur beruflichen Weiterbildung (bei Veranstaltungen mit Ortsangabe) zwischen 2003 (56.365) und 2005 (49.891) ebenso wie auf Bundesebene um rund 12 Prozent.

Das tendenzielle Schrumpfen der Angebotsstruktur in der beruflichen Weiterbildung – sei sie nun betrieblicher oder außerbetrieblicher Art – scheint interessanterweise nicht zwingend mit einem Sinken der Weiterbildungsbeteiligung insgesamt einher zu gehen. So verzeichnet die repräsentative Mikrozensus-Erhebung des Statistischen Bundesamtes einen deutlichen Anstieg der Teilnahme von Erwerbspersonen an beruflicher Weiterbildung in Nordrhein Westfalen von hochgerechnet 1,008 Mio. Teilnehmern im Jahr 2003 auf 1,292 Mio. Teilnehmer im Jahr 2005. Gleichwohl bewegt sich die entsprechende Weiterbildungsquote für Nordrhein-Westfalen von 15,2 Prozent im Jahre 2005 immer noch rund 1 1/2 Prozentpunkte unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Eine vergleichbare statistische Erfassung der Teilnehmerzahlen für die in die Zuständigkeit der Landesregierung fallende Förderung der Weiterbildung nach dem nordrhein-westfälischen Weiterbildungsgesetz gibt es leider nicht. Die finanzielle Förderung dieses Bereiches ist allerdings seit Jahren tendenziell rückläufig. Siehe dazu die folgende Grafik 11.

Grafik 11

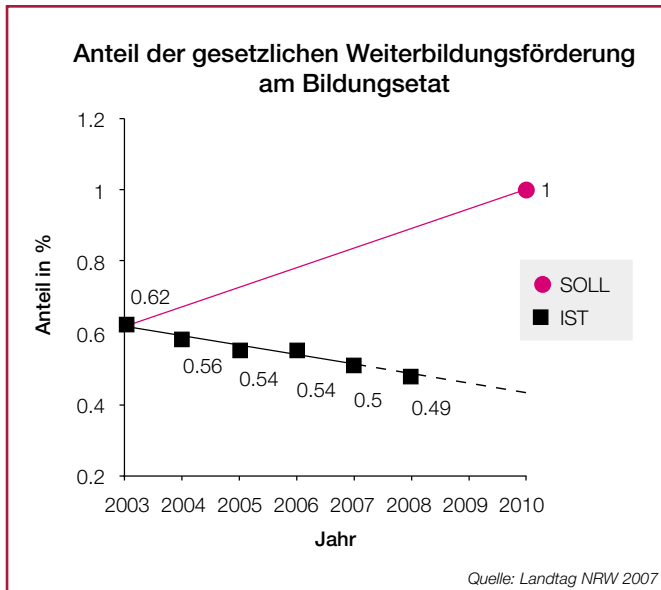


Anmerkungen: Unter der gesetzlichen Weiterbildungsförderung werden die Haushaltsansätze für die Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz verstanden.

Der entsprechende Haushaltsansatz des Landes für das Jahr 2008 beträgt mit 88,3 Mio. Euro lediglich 80 Prozent der Mittel für das Jahr 2003. Die Ausgaben für die Weiterbildung im Jahr 2008 liegen nominell – d.h. ohne Inflationsausgleich – rund 30 Mio. Euro unter dem Haushaltsansatz des Jahres 2000.

Dieser negative Entwicklungstrend steht in krassem Gegensatz zu der Notwendigkeit, den Weiterbildungsbereich zu konsolidieren und auszubauen. Siehe dazu auch die folgende Grafik 12.

Grafik 12



Anmerkungen: Unter der gesetzlichen Weiterbildungsförderung werden die Haushaltsansätze für die Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz verstanden. Der Bildungsetat meint hier die Ausgaben des Ministeriums für Schule und Weiterbildung und des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie gemäß Haushaltsplan.

Die Zielgröße des Bochumer Memorandums, das Niveau der gesetzlichen Weiterbildungsförderung bis zum Ende der Legislaturperiode auf ein Prozent des Bildungsetats anzuheben, wird durch die derzeitige Finanzierungspraxis konterkariert: Die Schere zwischen notwendigem und faktischem Entwicklungsverlauf geht auseinander. Hier ist ein Umsteuern in der Bildungsfinanzierung dringend nötig.

An dieser Einschätzung ändert auch die positive Entwicklung beim Bildungsscheck nichts. Zwischen Januar 2006 und April 2007 sind rund 100.000 solcher Gutscheine für Beschäftigte kleinerer und mittlerer Unternehmen (bis 250 Mitarbeiter) für Zwecke der beruflichen Weiterbildung ausgegeben worden. Ursprünglich war der Bildungsscheck nur die Jahre 2006 und 2007 geplant (und zwar mit einem Volumen von insgesamt 20 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds). Nun soll er weiter geführt werden mit jährlich rund 14 Mio. Euro. Berücksichtigt man ferner, dass ebenfalls aus ESF-Mitteln in 2007 zusätzliche 12 Mio. Euro in die Finanzierung nach dem Weiterbildungsgesetz fließen sollten, dann ergeben insgesamt rein rechnerisch für das Jahr 2007 Weiterbildungsausgaben in Höhe von 102,3 Mio. Euro. Selbst diese Größenordnung liegt nominal noch deutlich unterhalb des Finanzierungsniveaus des Jahres 2000 und beläuft sich rein rechnerisch auf rund 0,64 Prozent des Bildungsetats.

## 9. Unterstützungssysteme entscheiden die Zukunft

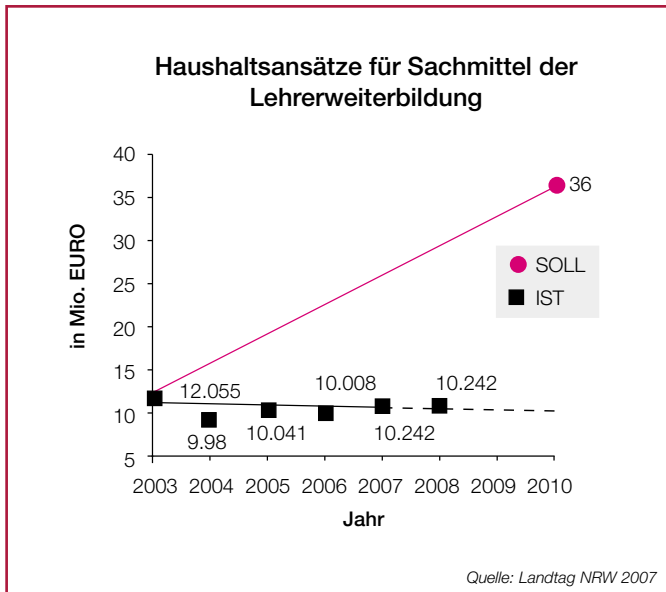
*Aus dem Bochumer Memorandum von 2005: „Die Sicherung und der Ausbau der Qualifikation der Beschäftigten ist von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität in Nordrhein-Westfalen. Deshalb muss der Etat für Fortbildungen hinsichtlich der Teilnahmetage und der Fortbildungsangebote verdreifacht werden.“*

Auch für die Fortbildung der im Bildungsbereich Beschäftigten – und hier speziell der Lehrerinnen und Lehrer – sind keine hinreichend aussagekräftigen Daten verfügbar. So lassen sich derzeit keinerlei landesweite Angaben über die realisierten Teilnahmetage und die Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte machen. Behelfsweise greifen wir deshalb auf die Haushaltsansätze für die Lehrerweiterbildung zurück (siehe dazu die Grafik 13).

Hinsichtlich der Sachmittel für die Lehrerweiterbildung lässt sich seit Jahren ein weitgehend stagnierendes Niveau in der Größenordnung von rund 10 Mio. Euro beobachten. Stellt man diesem Datum vereinfachend die Zielgröße einer Verdreifachung der Sachmittel bis zum Ende der Legislaturperiode gegenüber, dann wird deutlich, wie weit Nordrhein-Westfalen noch vom einem entsprechenden Ausbau tragfähiger Unterstützungssysteme für die im Bildungswesen Beschäftigten entfernt ist.

Mangels entsprechender Teilnahmestatistiken muss an dieser Stelle allerdings die Frage unbeantwortet bleiben, wie die Schulen in NRW mit den bereitgestellten Weiterbildungsmitteln konkret umgehen, inwieweit sie diese für konkrete Weiterbildungsmaßnahmen einsetzen. Zur Beantwortung dieser Frage sind fiskalische Daten denkbar ungeeignet.

Grafik 13



## Fazit

Der Versuch, gleichsam in der Halbzeit der gegenwärtigen Legislaturperiode des nordrhein-westfälischen Landtags im Rahmen einer Zwischenbilanz zu überprüfen, ob sich das Land auf einem Entwicklungspfad befindet, dessen Richtung und dessen Ziel durch das ‚Bochumer Memorandum‘ skizziert wurden, führt zu einem mehr als ernüchterndem Ergebnis. Wenn überhaupt, so bewegt sich Nordrhein-Westfalen in der Mehrheit der im ‚Memorandum‘ beschrieben und indikatisierten Handlungsfelder im Schneckentempo: Der Ausbau der vorschulischen Einrichtungen kommt kaum voran, die Quoten der Sitzenbleiber vermindern sich nur mäßig, die Quote der jungen Leute, die wenigstens einen Mittleren Schulabschluss erreichen, steigt viel zu langsam. Die Chance, eine berufliche Ausbildung zu erhalten, bleibt immer noch mit etwa 15% viel zu vielen Heranwachsenden vorenthalten – angesichts unzureichender Anstrengungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung kommt dies einer ‚Vorverurteilung‘ zu Arbeitslosigkeit oder allenfalls zu einer Erwerbstätigkeit in prekären Beschäftigungsverhältnissen gleich. Lediglich im Feld des Erwerbs einer Hochschulreife und eines Studienabschlusses zeigt die Entwicklung der letzten Jahre deutlich in die richtige Richtung. Das Andauern dieser Entwicklung ist allerdings durch geringe Studienförderung, durch eine Ausweitung des numerus clausus und durch Studiengebühren gefährdet.

Angesichts des völlig unzureichenden Tempos, mit dem sich das Land auf im Durchschnitt der OECD bereits vor Jahren erreichte Werte hin bewegt, bliebe der Rückstand Nordrhein-Westfalens noch auf Jahre, zum Teil auf Jahrzehnte zementiert – und zwar auch dann, wenn sich das internationale Umfeld seinerseits nicht weiter entwickeln würde. Tatsächlich aber ist es so, dass wichtige OECD-Länder eine Entwicklungsdynamik vorlegen, die den Abstand zwischen ihnen und Deutschland selbst in den Feldern, in denen Deutschland zugelegt hat, vergrößert. Dies soll an zwei Beispielen deutlich werden.

- Während Deutschland in den Jahren von 2003 bis 2005 den Anteil der Hochschulabsolventen – in der von der innerdeutschen Berechnungsweise leicht abweichenden Art der Berechnung der OECD – von 18% auf 20% (Nordrhein-Westfalen hat 19% erreicht), also um zwei Prozentpunkte, steigern konnte, legte der Durchschnitt der OECD-Länder auf weit höherem Niveau von 33% auf 36%, also um drei Prozentpunkte, zu. Deutschland – und Nordrhein-Westfalen ist dabei! – holt hier nicht auf, sondern fällt weiter zurück. Dass das einstweilen so bleibt, zeigt die Entwicklung der Quote der Studienanfänger: In Deutschland stagniert diese Quote. Sie lag im Jahr 2003 und im Jahr 2005 jeweils bei 35%, im Durchschnitt der OECD-Länder ist sie innerhalb dieser Zeitspanne von 53% auf 54% angewachsen.
  
- Die Langsamkeit der Entwicklung bzw. die Stagnation, die weite Bereiche des deutschen und auch des nordrhein-westfälischen Bildungssystems kennzeichnet, wird begleitet von einem ausgesprochen spärlichem Einsatz öffentlicher Ressourcen: Im Durchschnitt aller OECD-Staaten wurden im Jahr 2004 5,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgegeben. In Deutschland ist dieser Wert von 2003 nach 2004 von 4,4% auf 4,3% zurück gegangen. Innerhalb Deutschlands hinkt Nordrhein-Westfalen noch hinterher: Bei den Ausgaben je Schul- bzw. Studienplatz liegt das Land (2004) auf allen Bildungsstufen unterhalb des jeweiligen deutschen Durchschnittswertes: Im Primarbereich bei 4.100 Euro (Bundesdurchschnitt: 4.400), im Bereich der beiden Sekundarstufen bei 6.400 Euro (6.800) und im Tertiärbereich bei 10.700 Euro (11.800).

Beim Rückblick auf die Befunde, die in dieser kleineren Expertise vorgestellt wurden, bleibt als Fazit: Hinter der allenthalben vorgestellten Aufbruchstimmung verbergen sich mühevolleres Fortbewegen, oft genug sogar Stillstand und Rückschritt.

---

Autoren:

Prof. Dr. Klaus Klemm, em., Universität Duisburg-Essen und  
Dr. Rainer Block, Universität Mainz



# Memorandum zum Bochumer Kongress „Zukunft Bildung“

Gemeinsame Veranstaltung  
der GEW,  
der Ruhr-Universität Bochum  
und des DGB NRW  
mit den Kooperationspartnern  
IG Metall NRW und  
Insitut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum NRW

vom 18. – 19. Februar 2005

## BOCHUMER MEMORANDUM

*Bildung für alle.*

*Auf das Ergebnis kommt es an!*

*Das Bildungssystem steht vor großen, zum Teil noch verkannten bzw. unbeantworteten Herausforderungen. Der Übergang zur Wissensgesellschaft, Probleme der Demografie und Migration und die zunehmende gesellschaftliche Spaltung sind die Themen für eine zukunftsweisende Bildungspolitik.*

*In der modernen Wissensgesellschaft ist entgegen einer verbreiteten Vorstellung nicht das Wissen der knappe Faktor, sondern die Fähigkeit, Wissen sinnvoll zu nutzen. Deshalb brauchen wir möglichst viele, möglichst gut gebildete Menschen, die Wissen in Innovationsprozessen rasch umsetzen können. Auch die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen und das gesellschaftliche Alltagshandeln erfordern in einer komplexen Welt ein großes Wissenspotenzial und die Fähigkeit, mit diesem Wissen produktiv umzugehen.*

*Die Wissensgesellschaft kann ihre Bildungsanstrengungen deshalb nicht auf eine kleine Bildungselite konzentrieren. Sie muss vielmehr darauf achten, allen Menschen eine möglichst gute Bildung zu vermitteln. Das unterstreicht auch die demografische Entwicklung. Die Zahl der jungen Menschen nimmt ab. Junge qualifizierte Arbeitskräfte werden knapp und Ältere müssen ihre Qualifikation erweitern. Lebenslanges Lernen gewinnt für jeden einzelnen Menschen ebenso wie für Wirtschaft und Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung.*

*In einer globalisierten Welt gehört Migration zum Alltag. Sie führt zur kulturellen Bereicherung. Im eigenen Interesse braucht eine Gesellschaft mit demografischer Verknappung Migration, um ihren Wohlstand und ihren Lebensstandard zukunftsfest zu machen. Gesellschaftliche Integration wird vor allem dann gelingen, wenn Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sich eine gute Bildung aneignen können. Bildung wird gerade hier Voraussetzung dafür, einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.*

*Daher gilt: Auch NRW muss mit seinem Bildungssystem dafür sorgen, möglichst viele möglichst gut gebildete Menschen hervorzubringen, die selbstständig und motiviert lebenslang lernen können und wollen. NRW kann sich die Vergeudung von Talenten nicht länger leisten. Dieser Herausforderung kann das Bildungssystem nur dann genügen, wenn es im Sinne der nachfolgenden Ziele und Indikatoren grundlegend reformiert und das Recht auf Bildung für alle verwirklicht wird. Dabei muss Lernen anders organisiert werden. Im Vordergrund steht die Kompetenz, das Lernen zu lernen und Wissen intelligent zu verarbeiten. Der Umbau des Bildungssystems in NRW ist ein längerfristiges Reformvorhaben, das jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Die notwendigen Reformen müssen so schnell wie möglich auf den Weg gebracht und schon bis 2010 zu nachhaltigen Qualitätsverbesserungen führen.*

## *Ziele und Indikatoren für die Legislaturperiode 2005-2010 in Nordrhein-Westfalen*

### *1. Bildungschancen verbessern*

*Vorrangig muss die erhebliche Ungleichheit der Bildungschancen schrittweise abgebaut werden. Die enge Kopplung von Lernerfolg und sozialer Herkunft sollte mindestens auf den OECD-Durchschnitt des Jahres 2003 vermindert werden.*

*Die in der PISA-Studie festgestellte Differenz in der Lesekompetenz zwischen Jugendlichen aus sozial „stärkeren“ und „schwächeren“ Familien von heute 100 Punkten muss bis 2010 auf den OECD-Durchschnitt von 80 Testpunkten gesenkt werden. Danach soll NRW schrittweise den Wert aus der PISA-Spitzengruppe erreichen, der bei 53 liegt.*

### *2. Bildung von Anfang an*

*Alle Kinder in Nordrhein-Westfalen müssen ihre sprachlichen, motorischen, sozialen und kreativen Fähigkeiten umfassend entwickeln können. Deshalb ist eine Ausweitung der Förderangebote zur frühkindlichen Bildung dringend erforderlich.*

Für die unter Dreijährigen brauchen wir zu den vorhandenen ca. 10.000 Plätzen zusätzlich 80.000 Betreuungsangebote, um eine Versorgung von mindestens 20 Prozent zu erreichen. Ab Vollendung des dritten Lebensjahres sollen alle Kinder eine Tageseinrichtung besuchen können. Dazu muss die tatsächliche Versorgungsquote von jetzt 83,6 Prozent auf mindestens 95 Prozent steigen.

### **3. Fördern statt sitzenbleiben**

Schülerinnen und Schüler sollen in NRW erfolgreich und ohne Zeitverzug die Schule besuchen können.

Ein Viertel (26,6 Prozent) aller 15-Jährigen in NRW wiederholt im Verlauf ihrer Schulkarriere mindestens einmal eine Klasse. Dieser Anteil muss bis zum Jahr 2010 halbiert und danach kontinuierlich auf Null reduziert werden. Die dadurch gewonnenen Ressourcen sind konsequent in Fördermaßnahmen umzuwidmen.

### **4. Mehr Schulabschlüsse - bessere Ausbildungsfähigkeit**

Niemand soll die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen müssen. Jede/r muss die Kom erwerben können, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung notwendig sind.

Bis zum Jahr 2010 muss daher in einem ersten Schritt die Zahl derer, die keinen Hauptschulabschluss erwerben, halbiert werden - bei den deutschen Schülerinnen und Schülern von derzeit 6,1 Prozent auf 3,0 Prozent, bei den ausländischen von derzeit 12,8 Prozent auf höchstens 6 Prozent. Die Zahl der Jugendlichen mit mindestens einem mittleren Abschluss (FOR) soll jährlich um 2 Prozentpunkte erhöht werden.

### **5. Mehr Jugendliche mit Hochschul- und Fachhochschulreife**

Insbesondere muss die Bildungsbeteiligung der Arbeiterkinder und der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesteigert werden.

Der Anteil der Jugendlichen eines Jahrgangs mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife (derzeit 46,2 Prozent) muss in NRW bis 2010 den OECD-Durchschnittswert des Jahres 2003 von 61 Prozent erreichen. Das entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von 3 Prozentpunkten.

### **6. Mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen**

13,2 Prozent der unter 25-Jährigen bleiben heute bundesweit ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese Quote muss bis zum Jahr 2010

auf die Hälfte gesenkt werden. Dies erfordert ein höheres Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen und eine konjunkturunabhängige Finanzierung der dualen Berufsausbildung.

### **7. Studienabschlussquote steigern**

Die Studienabschlussquote muss sich schrittweise dem OECD-Mittelwert 2003 von 31,8 Prozent annähern.

In Nordrhein-Westfalen erreichen derzeit 18,6% der entsprechenden Altersjahrgänge einen Abschluss an Fachhochschulen oder Universitäten. Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger und die Effizienz der Hochschulausbildung müssen in den kommenden Jahren so gesteigert werden, dass zu Beginn des nächsten Jahrzehnts ein Viertel eines Altersjahrgangs ein Studium abschließen wird.

### **8. Lebenslanges Lernen gibt es nicht umsonst**

Die Bedeutung des lebenslangen Lernens für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft wächst. Gegenwärtig nimmt aber nicht einmal jeder dritte Erwachsene in NRW an Maßnahmen der beruflichen und allgemeinen Erwachsenenbildung teil.

Arbeitgeber, Agenturen für Arbeit und Landesregierung müssen ihren Beitrag zur Steigerung der Beteiligungsquote an Weiterbildungsangeboten leisten. Dazu ist insbesondere auch eine gesicherte Finanzierung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW erforderlich. Von der Landesregierung fordern wir: Bis zum Jahre 2010 soll der finanzielle Umfang der gesetzlichen Weiterbildungsförderung in NRW auf ein Prozent des Bildungsetats im Landeshaushalt steigen.

### **9. Unterstützungssysteme entscheiden die Zukunft**

Für die Beschäftigten im Bildungswesen sind Unterstützungssysteme auf- und auszubauen.

Die Sicherung und der Ausbau der Qualifikation der Beschäftigten ist von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität in Nordrhein-Westfalen. Deshalb muss der Etat für Fortbildungen hinsichtlich der Teilnahmetage und der Fortbildungsangebote verdreifacht werden.

## Schlussklausel

*Die hier vorgeschlagenen Ziele sind bewusst bescheiden formuliert und allein der Machbarkeit geschuldet.*

*Sie sind realistisch auf das Ziel gerichtet, Nordrhein-Westfalen bis 2010 an den OECD-Durchschnitt von 2003 heranzuführen.*

*Aber schon diese Ziele können nur erreicht werden, wenn es gelingt:*

- die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen zu motivieren und ihnen eine überzeugende Zukunftsperspektive zu geben;*
- das Handeln in der Bildungspolitik und der Bildungsverwaltung systematisch auf Reform, Qualität und demokratische Teilhabe auszurichten und*
- auch bei den Ressourcen in allen Bereichen des Bildungssystems bis 2010 zumindest den OECD-Durchschnitt von 2003 zu erreichen.*

*Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Memorandums erwarten, dass sich Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber für die hier vorgeschlagenen Reformziele engagiert einsetzen und sich über die Wege zu ihrer Verwirklichung verständigen. Dafür muss ein verlässlicher Rahmen in Form von Vereinbarungen geschaffen werden, in denen gemeinsame Ziele und Verbindlichkeiten sowie eine regelmäßige Berichterstattung festgelegt werden. Als erste vertrauensbildende Maßnahme könnte eine Vereinbarung über die Reduzierung des Sitzenbleibens getroffen werden.*

### *Unterzeichnerinnen & Unterzeichner*

*Das Bochumer Memorandum wurde von den folgenden WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen unterzeichnet:*

*Prof. Dr. Gabriele Bellenberg, Ruhr-Universität Bochum*

*Marianne Demmer, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW*

*Walter Haas, Vorsitzender des DGB in NRW*

*Prof. Dr. Klaus Klemm, Universität Duisburg-Essen*

*Prof. Dr. Franz Lehner, Präsident des IAT im Wissenschaftszentrum NRW*

*Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender der GEW in NRW*

*Prof. Dr. Hans-Günter Rolff, Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung, Universität Dortmund*

*Dr. Eva-Maria Stange, Vorsitzende der GEW*

*Detlef Wetzel, IG Metall Bezirksleiter NRW*

# Beitrittserklärung

Bitte in Druckschrift ausfüllen

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr.

\_\_\_\_\_  
Land, Postleitzahl, Ort

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum, Nationalität

\_\_\_\_\_  
bisher gewerkschaftlich organisiert bei

\_\_\_\_\_  
von/bis (Monat/Jahr)

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

## Beschäftigungsverhältnis

- Beamter/in
- Angestellte/r
- Honorarkraft
- Pensionär/in, Rentner/in
- Altersübergangsgeld
- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- Teilzeitbeschäftigt mit \_\_\_\_\_ Std./Woche
- Lehramtsanwärter/in
- Studierende/r
- ABM befristet bis \_\_\_\_\_
- Sonstiges \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Berufsbezeichnung, -ziel

\_\_\_\_\_  
beschäftigt seit

\_\_\_\_\_  
Fachgruppe

\_\_\_\_\_  
Name/Ort der Bank

\_\_\_\_\_  
Kontonummer

\_\_\_\_\_  
Bankleitzahl

\_\_\_\_\_  
Tarif-/Besoldungsgruppe

\_\_\_\_\_  
Bruttoeinkommen Euro monatlich

\_\_\_\_\_  
Betrieb/Dienststelle

\_\_\_\_\_  
Träger

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr. des Betriebes/der Dienststelle

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort des Betriebes/der Dienststelle

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.



**GEW NRW**  
Nünningstr. 11  
45141 Essen  
[www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)